

AMTS BLATT

des k. u. k. Kreiskommandos in Tomaszów.

Abonnementspreis vierteljährig 3 K.

Erscheint am 1. und 15. eines jeden Monates

Nr. 7.

1. Juli 1916.

1. Jahrg.

Inhalt: 52. Verordnung des Armeeeoberkommandanten vom 16. Februar 1915, betreffend die verbindende Kundmachung von Gesetzen, Anordnungen und Befehlen. — 53. Verordnung des Armeeeoberkommandanten vom 7. März 1915 betreffend das Kultuswesen. — 54. Verordnung des Armeeeoberkommandanten vom 7. März 1915, betreffend das Unterrichtswesen. — 55. Verwertung der Ernte. — 56. Anwendung der russischen Stempelgesetze. — 57. Schutz der Äcker und Waldungen. — 58. Todesurteil. — 59. Kuratorbestellung.

52.

Verordnung des Armeeeoberkommandanten vom 16. Februar 1915, V.-Bl. Nr. 1

betreffend die verbindende Kundmachung von Gesetzen, Anordnungen und Befehlen.

Auf Grund der Mir kraft Allerhöchsten Oberbefehles übertragenen Befugnisse der obersten Zivil- und Militärgewalt finde Ich für die in österreichisch-ungarischer Militärverwaltung stehenden Gebiete Polens (Okkupationsgebiet) anzuordnen, wie folgt:

§ 1.

Verordnungsblatt der k. u. k. Militärverwaltung in Polen.

Gesetze, Anordnungen und Befehle, die im ganzen Okkupationsgebiete oder in bestimmten Teilen dieses Gebietes in Kraft treten, werden durch das „Verordnungsblatt der k. u. k. Militärverwaltung in Polen kundgemacht.

§ 2.

Verbindende Kundmachung.

Das Verordnungsblatt ist bestimmt zur verbindenden Kundmachung:

1. der Gesetze, Anordnungen und Befehle, die auf Grund der dem Armeeeoberkommandanten kraft Allerhöchsten Oberbefehles übertragenen obersten Zivil- und Militärgewalt

in den okkupierten Gebieten erlassen werden, 2. der Anordnungen und Verfügungen, die auf Grund dieser höchsten Verordnungen in Ausübung der den Armeekommandos zugewiesenen Verwaltungsgeschäfte erlassen werden.

Anleitungen über die Art der Geschäftsführung sowie Weisungen und Belehrungen, die sich an Kommandos, Behörden oder Gemeinden richten, sind von der Aufnahme in das Verordnungsblatt ausgeschlossen.

§ 3.

Form der Ausgabe.

Das Verordnungsblatt wird vom Armeeeoberkommando ausgegeben. Die kundgemachten Vorschriften werden unter fortlaufenden Zahlen aufgenommen.

Auf jedem Stück ist der Tag der Ausgabe verzeichnet.

Das Verordnungsblatt erscheint in polnischer und deutscher Sprache in gleichzeitig erscheinenden, getrennten Ausgaben.

§ 4.

Geltungsbereich.

Die im Verordnungsblatte enthaltenen Vorschriften haben für das ganze in österreichisch-ungarischer Militärverwaltung stehende Gebiet

(Okkupationsgebiet) zu gelten, wenn darin nicht ein beschränkteres Geltungsgebiet ausdrücklich bezeichnet wird.

§ 5.

Wirksamkeitsbeginn.

Die in das Verordnungsblatt aufgenommenen Vorschriften sind mit dem Tage der Ausgabe jenes Stückes, in dem sie enthalten sind, als gesetzlich kundgemacht zu betrachten.

Die verbindende Kraft der Vorschriften beginnt, wenn darin nicht eine andere Bestimmung getroffen wird, mit dem Anfange des vierzehnten Tages nach der Ausgabe.

Niemand kann zu seiner Verteidigung die Unkenntnis einer Vorschrift geltend machen, wenn diese gesetzlich kundgemacht wurde.

§ 6.

Versendung.

Das Verordnungsblatt wird am Tage seiner Ausgabe an alle Kommandos und Behörden der k. u. k. Militärverwaltung sowie an die Gemeinden unentgeltlich versendet und hat im Amtslokale aufzuliegen. In den Amtsstunden ist jedermann Einsicht in das Verordnungsblatt zu gestatten.

Bestellungen auf das Verordnungsblatt sind von jedem Postamte entgegenzunehmen. Der Bezugspreis wird nach dem Anschaffungspreise berechnet und im Verordnungsblatte selbst kundgemacht.

§ 7.

Amtsblätter der Kreiskommandos.

Die von den Kreiskommandos ausgegebenen Amtsblätter dienen zur Verbreitung und allfälligen Erläuterung der im Verordnungsblatte kundgemachten Vorschriften, zur Erlassung näherer Anordnungen örtlicher Natur an die Bevölkerung, von Weisungen und Durchführungsmassnahmen an die Gendarmeriekommandos sowie an die Gemeinden.

In die Amtsblätter werden ferner sonstige zur allgemeinen Kenntnis bestimmte Mitteilungen aufgenommen.

§ 8.

Sonstige Verlautbarungen.

Nach Erforderniss werden die im Verordnungsblatte kundgemachten Vorschriften sowie die im Amtsblatte des Kreiskommandos enthaltenen Anordnungen und Mitteilungen überdies noch in anderer ortsüblicher Weise — wie durch Anschlag an der Amtstafel, Einrückung in die Tagesblätter, Austrommeln u. dgl. — zur weitesten Verbreitung gebracht.

§ 9.

Vollzug kundgemachter Vorschriften.

Mit dem Vollzuge jeder kundgemachten Vorschrift sind die Kommandos und Behörden der k. u. k. Militärverwaltung sowie die Gemeinden nach Massgabe ihres Wirkungskreises oder der von den vorgesetzten Organen an sie gestellten Anforderungen beauftragt.

Erzherzog Friedrich, FM, m. p.

53.

Verordnung des Armeeeoberkommandanten vom 7. März 1915, V.-Bl. Nr. 5.

betreffend das Kultuswesen.

Auf Grund der Mir kraft Allerhöchsten Oberbefehles übertragenen Befugnisse der obersten Zivil- und Militärgewalt finde Ich für die in österreichisch-ungarischer Militärverwaltung stehenden Gebiete Polens (Okkupationsgebiet) anzuordnen, wie folgt:

§ 1.

Glaubens- und Gewissensfreiheit.

Der Genuss der öffentlichen und privaten Rechte ist vom Religionsbekenntnisse unabhängig.

Den staatsbürgerlichen Pflichten darf durch das Religionsbekenntnis kein Abbruch geschehen.

§ 2.

Gesetzlich anerkannte Kirchen und Religionsgesellschaften.

Die in der ganzen österreichisch-ungarischen Monarchie gesetzlich anerkannten Kirchen und

Religionsgesellschaften haben im Okkupationsgebiete nach Massgabe dieser Verordnung dieselben Rechte und Pflichten wie in den angrenzenden Teilen der Monarchie.

§ 3.

Gesetzlich nicht anerkannte Religionsbekenntnisse.

Die Anhänger eines gesetzlich nicht anerkannten Religionsbekenntnisses haben das Recht der häuslichen Religionsübung, wenn diese nicht rechtswidrig oder sittenverletzend ist. Im übrigen bestimmen sich die ihnen gemeinsam zustehenden Rechte nach den Gesetzen über das Vereinswesen.

§ 4.

Kultusumlagen.

Das Kreiskommando kann von jeder Gemeinde zur Deckung der Kultusbedürfnisse jeder gesetzlich anerkannten Religionsgesellschaft Umlagen in dem Ausmasse einheben, dass die Besorgung der Seelsorge für höchstens je zweitausend Angehörige der betreffenden Religionsgesellschaft durch einen Seelsorger gesichert ist.

Die Gemeinde kann sich von der Umlagenpflicht durch den Nachweis befreien, dass in ihrem Gebiete weniger als hundert Personen wohnen, die der betreffenden Religionsgesellschaft angehören.

Die Höhe der Umlage wird auf Grund des im ersten Absatze bezeichneten Maßstabes nach der Zahl der in der Gemeinde wohnhaften Angehörigen der betreffenden Religionsgesellschaft bemessen.

Die Umlage wird der Gemeinde mit Entscheidung des Kreiskommandos vorgeschrieben. Das Kreiskommando kann auch Naturalleistungen sowie die Beistellung von Grundstücken, Baulichkeiten und Räumen im Werte der entfallenden Umlage verlangen.

§ 5.

Unterhaltsbeiträge für Seelsorger.

Die Seelsorger der katholischen Kirche sowie aller anderen gesetzlich anerkannten Reli-

gionsgesellschaften beziehen von der k. u. k. Militärverwaltung aus den Mitteln zur Deckung der Kultusbedürfnisse (§ 4) Unterhaltsbeiträge im Ausmasse der ihnen bisher aus öffentlichen Mitteln gewährten Besoldung. Diese Beiträge werden nach Bedarf vom Kreiskommandanten entsprechend erhöht.

Für den Religionsunterricht wird ein Beitrag in demselben Ausmasse gewährt, in dem die anderen Lehrpersonen an derselben Schule für dieselbe Zahl wöchentlicher Unterrichtsstunden entlohnt werden.

§ 6.

Behördliche Aufsicht.

Die k. u. k. Militärverwaltung hat darüber zu wachen, dass die Religionsdiener ihren Wirkungskreis nicht überschreiten, ihre gesetzlichen Pflichten getreu erfüllen, den von den Behörden und Kommandos nach Recht und Billigkeit an sie gestellten Anforderungen gewissenhaft nachkommen und in oder ausserhalb der Kirche nichts unternehmen, was gegen die staatlichen Einrichtungen der Monarchie gerichtet oder geeignet ist, das Vertrauen in die Gerechtigkeit und wohlwollende Fürsorge des Kaisers und Königs für das polnische Volk zu beeinträchtigen.

Wenn ein Seelsorger einer der im ersten Absatze bezeichneten Anforderungen nicht entspricht oder sich sonst eines unwürdigen Verhaltens schuldig macht, hat das Kreiskommando seine Entfernung vom Amte innerhalb einer bestimmten Frist bei der Kirchenbehörde zu verlangen. Wenn nach Ablauf der Frist dem Verlangen nicht entsprochen wurde und ein anderer Seelsorger nicht eingesetzt ist, gilt das Kultusamt für den staatlichen Bereich als erledigt.

Erzherzog Friedrich, FM., m. p.

54.

Verordnung des Armeecorpskommandanten vom 7. März 1915, V.-Bl. Nr. 6

betreffend das Unterrichtswesen.

Auf Grund der Mir kraft Allerhöchsten Oberbe-

fehlendes übertragenes Befugnis der obersten Zivil- und Militärgewalt finde ich für die in österreichisch-ungarischer Militärverwaltung stehenden Gebiete Polens (Okkupationsgebiet) anzuordnen, wie folgt:

I.

Allgemeine Bestimmungen.

§ 1.

Schulaufsicht.

Die oberste Leitung und Aufsicht über das Unterrichts- und Erziehungswesen steht der k. u. k. Militärverwaltung zu und wird durch die Kreiskommandanten und die ihnen für diese Zwecke zugeteilten Organe ausgeübt.

§ 1.

Öffentliche Schulen.

Die von der k. u. k. Militärverwaltung oder von einer Gemeinde ganz oder teilweise gegründeten oder erhaltenen Schulen und Erziehungsanstalten (öffentlichen Schulen) sind allen Einwohnern des Okkupationsgebietes ohne Unterschied der Staatsbürgerschaft oder des Glaubensbekenntnisses zugänglich.

Die Unterrichtssprache an öffentlichen Schulen ist die polnische.

§ 3.

Religionsunterricht.

Die Besorgung, Leitung und unmittelbare Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes sowie der Religionsübungen von Kindern, die der katholischen Kirche, der protestantischen oder der jüdischen Religionsgesellschaft angehören, wird in den Schulen — unbeschadet der Aufsicht durch die k. u. k. Militärverwaltung — der betreffenden Kirche oder Religionsgesellschaft überlassen.

§ 4.

Konfessionelle Schulen.

Den in § 3 bezeichneten Kirchen und Religionsgesellschaften steht es frei, aus ihren Mitteln Schulen für den Unterricht von Kindern bestimmter Glaubensbekenntnisse zu errichten und zu erhalten. § 1 findet auch auf diese Schulen Anwendung.

II.

Volksschulen.

§ 5.

Zweck der Volksschule.

Die Volksschule hat die Aufgabe, Kinder im Alter

zwischen dem vollendeten 6. und dem vollendeten 12. Lebensjahre sittlich-religiös zu erziehen, ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten zu entwickeln, sie mit den zur weiteren Ausbildung für das Leben erforderlichen Kenntnissen und Fertigkeiten auszustatten und die Grundlagen zur Heranbildung tüchtiger Menschen und Mitglieder des Gemeinwesens zu schaffen.

§ 6.

Gründung und Ausgestaltung der Volksschule.

Das Kreiskommando verfügt die Gründung und Fortführung der Volksschulen und leitet den Unterricht und die Erziehung an denselben durch die hiezu berufenen Organe.

Auf diese Weise wird insbesondere das Lehrziel festgesetzt und für die erweiterte Ausbildung in aufsteigenden Schulklassen durch Ausgestaltung einzelner oder Vereinigung mehrerer bestehender Schulen gesorgt.

Das Kreiskommando entscheidet über die für Zwecke des Unterrichtes, der Erziehung oder der Gesundheitspflege notwendige Einrichtung und Ausgestaltung des Schulgebäudes und der Schulräume, setzt die Lehrmittel fest und verfügt die Beiziehung der Lehrkräfte

§ 7.

Lehrpersonen.

Die Lehrpersonen an öffentlichen Volksschulen werden vom Kreiskommandanten, in dessen Amtsgebiete die Schule liegt, ernannt.

Sie leisten beim Dienstantritte in die Hände des Kreiskommandanten folgendes Gelöbnis:

„Ich gelobe, meine Pflichten getreu und gewissenhaft zu erfüllen,

„mich der moralischen, geistigen und körperlichen Ausbildung der mir anvertrauten Kinder liebevoll zu widmen,

„in oder ausserhalb der Schule nichts zu unternehmen, was gegen die staatlichen Einrichtungen der Monarchie gerichtet oder geeignet ist, das Vertrauen in die Gerechtigkeit und wohlwollende Fürsorge Seiner Majestät des Kaisers und Königs für das polnische Volk zu beeinträchtigen.“

Lehrpersonen, die ihrer Pflicht nicht entsprechen oder sich eines Verhaltens schuldig machen, das eines Beamten der k. u. k. Militärverwaltung unwürdig ist, werden vom Kreiskommandanten enthoben.

§ 8.

Schulumlagen.

Zur Gründung, Erhaltung und Ausgestaltung der Volksschulen kann das Kreiskommando von der Ge-

meinde des Standortes und von den unmittelbar angrenzenden Gemeinden Umlagen einheben.

Jede Gemeinde kann sich von der Entrichtung neuer Schulumlagen durch den Nachweis befreien, dass in der Gemeinde weniger als vierzig Kinder im Alter zwischen dem vollendeten 6. und dem vollendeten 12. Lebensjahre wohnen, die nicht eine öffentliche Schule (§ 2) oder eine konfessionelle Schule (§ 4) besuchen.

Die Höhe der Umlage wird nach der Zahl der in der betreffenden Gemeinde wohnhaften im bezeichneten Alter stehenden Kinder bemessen, für deren Aufnahme die Schule bestimmt ist.

Die Umlage wird der Gemeinde mit Entscheidung des Kreiskommandos vorgeschrieben. Das Kreiskommando kann auch Naturalleistungen sowie die Beistellung von Grundstücken, Baulichkeiten und Räumen im Werte der entfallenden Umlage verlangen.

§ 9.

Bezüge der Lehrpersonen.

Die Lehrpersonen werden aus den Mitteln zur Erhaltung der Schule (§ 8) besoldet. Ihre Bezüge werden vom Kreiskommandanten festgesetzt.

Die Dienstverhältnisse der Lehrpersonen sind zu geeigneter Zeit durch ein von den Armee-Etappenkommandos zu erlassendes Statut zu regeln.

III.

Privatschulen.

§ 10.

Privatschulen für allgemeine Volksschulbildung.

Privatschulen, in denen Kinder im Alter zwischen dem 6. und 12. Lebensjahre die allgemeine Volksschulbildung erhalten sollen, dürfen nur mit Bewilligung des Armee-Etappenkommandanten, unter den ausdrücklich vorgeschriebenen Bedingungen und gegen jederzeitigen Widerruf fortgeführt oder gegründet werden. Die Bedingungen in bezug auf Unterricht, Erziehung und Gesundheitspflege müssen den gleichartigen Anforderungen an öffentlichen Volksschulen im wesentlichen entsprechen.

§ 11.

Privatschulen für Fachbildung.

Privatschulen zu anderen als den in § 10 bezeichneten Zwecken, wie insbesondere Fach-

schulen, land- und forstwirtschaftliche Fortbildungsschulen usw. dürfen nur mit Bewilligung des Kreiskommandanten, unter den ausdrücklich vorgeschriebenen Bedingungen und gegen jederzeitigen Widerruf fortgeführt oder gegründet werden.

Erzherzog Friedrich, FM., m. p.

Verordnung des Armeeoberkommandanten vom 17. Oktober 1915, V. Bl. Nr. 41

wegen Ergänzung der Verordnung vom 7. März 1915, Nr. 6 V.-Bl., betreffend das Unterrichtswesen.

Auf Grund der Mir Kraft Allerhöchsten Oberbefehles übertragenen Befugnisse der obersten Zivil- und Militärgewalt finde Ich für die in österreichisch-ungarischer Militärverwaltung stehenden Gebiete Polens (Okkupationsgebiet) anzuordnen, wie folgt:

Artikel I.

An Stelle der §§ 2, 10 und 11 der Verordnung des Armeeoberkommandanten vom 7. März 1915, Nr. 6 V.-Bl., treten folgende Bestimmungen:

§ 2.

Öffentliche Schulen.

Die von der k. u. k. Militärverwaltung oder mit ihrer Zustimmung von einer Gemeinde ganz oder teilweise gegründeten oder erhaltenen Schulen und Erziehungsanstalten (öffentliche Schulen) sind allen Einwohnern des Okkupationsgebietes ohne Unterschied der Staatsbürgerschaft oder des Glaubensbekenntnisses zugänglich.

§ 2 a.

Unterrichtssprache.

Die Unterrichtssprache an öffentlichen Schulen ist die polnische.

In jenem öffentlichen Schulen, an denen die Kinder, zu deren Unterrichte die Schule zu dienen hat, ihrer Mehrheit nach der deutschen Nationalität angehören und die deutsche Sprache als Umgangssprache gebrauchen, wird auf Anordnung des Militärgeneralgouverneurs die deutsche Sprache als Unterrichtssprache gebraucht.

In den Kreisen des Militärgeneralgouvernements östlich der Ostgrenze der Kreise Lubartów, Lublin und Janów wird an jenem öffentlichen Schulen, an denen die Kinder, zu deren Unterrichte die Schule zu dienen hat, ihrer Mehrheit nach die ukrainische Sprache als Umgangssprache gebrauchen, auf Anordnung des Mili-

tärgeneralgouverneurs die ukrainische Sprache als Unterrichtssprache gebraucht.

Russische Dialekte gelten nicht als ukrainische Sprache im Sinne des vorhergehenden Absatzes.

In jenen öffentlichen Schulen, die dem Unterrichte von wenigstens vierzig Kindern mit polnischer, deutscher oder ukrainischer Umgangssprache zu dienen haben, wird, wenn die Umgangssprache dieser vierzig Kinder von der Unterrichtssprache verschieden ist, auf Anordnung des Militärgeneralgouverneurs den Kindern polnischer oder deutscher Umgangssprache innerhalb des ganzen Militärgeneralgouvernements, den Kindern ukrainischer Umgangssprache innerhalb der im dritten Absatze bezeichneten Kreise der Unterricht in ihrer Umgangssprache erteilt.

§ 10.

Privatvolkschulen und höhere Privatschulen.

Privatschulen, in denen Kinder im Alter zwischen dem 6. und 12. Lebensjahre die allgemeine Volksschulbildung erhalten sollen (Privatvolksschulen), dann Privatschulen, die eine höhere als die allgemeine Volksschulbildung vermitteln, und Privatfachschulen, an denen zur Aufnahme als Schüler wenigstens die durch die Volksschule vermittelten Kenntnisse und Fähigkeit verlangt werden, dürfen nur mit Bewilligung des Militärgeneralgouverneurs unter den ausdrücklich vorgeschriebenen Bedingungen und gegen jederzeitigen Widerruf fortgeführt oder gegründet werden.

An Privatvolksschulen müssen die Bedingungen in bezug auf Unterricht, Erziehung und Gesundheitspflege den gleichartigen Anforderungen an öffentlichen Volksschulen im wesentlichen entsprechen.

§ 11.

Niedere Privatschulen.

Privatschulen zu anderen als den in § 10 bezeichneten Zwecken, wie insbesondere Vorbereitungsschulen, Sonntagsschulen, niedere Fachschulen u. dgl., dürfen nur mit Bewilligung des Kreiskommandanten unter den ausdrücklich vorgeschriebenen Bedingungen gegen jederzeitigen Widerruf fortgeführt oder gegründet werden.

Artikel II.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Kundmachung in Kraft.

Erzherzog Friedrich, FM., m. p.

Verordnung des Armeekommandanten vom 8. März 1916, V. Bl. Nr. 52

wegen Abänderung der Verordnung vom 7. März 1915, Nr. 6 V. Bl., betreffend das Unterrichtswesen.

Auf Grund der Mir kraft Allerhöchsten Oberbe-

fehles übertragenen Befugnisse der obersten Zivil- und Militärgewalt finde Ich für die in österreichisch-ungarischer Militärverwaltung stehenden Gebiete Polens (Okkupationsgebiet) anzuordnen, wie folgt:

Artikel I.

An Stelle des § 1 der Verordnung des Armeekommandanten vom 7. März 1915, Nr. 6 V. Bl., treten folgende Bestimmungen:

§ 1.

Die oberste Leitung und Aufsicht über das Unterrichts- und Erziehungswesen steht der k. u. k. Militärverwaltung zu.

Die Aufsicht über Schulen, die eine höhere als die allgemeine Volksschulbildung vermitteln, oder an denen zur Aufnahme wenigstens die durch die Volksschule vermittelten Kenntnisse und Fähigkeit verlangt werden, wird unmittelbar vom Militärgeneralgouvernement, die Aufsicht über alle anderen Schulen durch das Kreiskommando ausgeübt.

Artikel II.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Kundmachung in Kraft.

Erzherzog Friedrich, FM., m. p.

55.

Verordnung des Armeekommandanten vom 11. Juni 1916, V.-Bl. Nr. 61

betreffend die Verwertung der Ernte.

Auf Grund der Mir kraft Allerhöchsten Oberbefehles übertragenen Befugnisse der obersten Zivil- und Militärgewalt finde Ich für die in österreichisch-ungarischer Militärverwaltung stehenden Gebiete Polens (Okkupationsgebiet) anzuordnen, wie folgt:

§ 1.

Verbot des Hoffnungskaufes von Feldfrüchten

Verträge, womit die Ernte des Jahres 1916 an Feldfrüchten des Okkupationsgebietes in Bausch und Bogen oder die Hoffnung dieser Ernte gekauft wird, sind verboten.

Feldfrüchte im Sinne dieser Verordnung sind — mit Ausnahme von Obst und Zuckerrübe — alle landwirtschaftlichen Bodenerzeugnisse sowie die aus Getreide gewonnenen Müllereierzeugnisse.

§ 2.

Anzeigepflicht von bebauten Flächen.

Der Grundbesitzer und jedermann, dem an seiner Stelle die Leitung des Anbaues und die Bewirtschaftung

einer Liegenschaft obliegt, ist verpflichtet, das Ausmass der bebauten Fläche an Ackergrund und die darauf angebauten landwirtschaftlichen Bodenerzeugnisse dem Gemeindevorsteher oder Ortsvorsteher vor dem 1. Juli 1916 anzuznigen.

§ 3.

Anzeigespflicht von Vorräten an Feldfrüchten.

Wer Getreide (Weizen, Roggen, Halbfrucht, Gerste, Hafer, Mais aller Art), Kartoffel, Lein (Leinsamen und Leinfaser), Raps oder Rapsöl in seiner Gewahrsame hat, ist verpflichtet, die Vorräte nach Menge, Gattung und Lagerungsort innerhalb einer Woche nach der Einlagerung dem durch Kundmachung des Kreiskommandos bezeichneten Organe anzuzeigen. Von Vorräten, die beim Inkrafttreten dieser Verordnung bereits eingelagert sind, ist die Anzeige innerhalb einer durch Kundmachung des Kreiskommandos bezeichneten Frist zu erstatten.

Die Anzeige ist innerhalb einer Woche nach der vollendeten Ausdreschung von je 100 Meterzentner Getreide oder, wenn der ganze Getreidevorrat nicht 100 Meterzentner beträgt, des ganzen Vorrates zu wiederholen.

Der Militärgeneralgouverneur ist ermächtigt, auch andere als die im ersten Absatze bezeichneten Feldfrüchte der Anzeigespflicht zu unterwerfen.

§ 4.

Verkehrsverbote.

Der Militärgeneralgouverneur ist ermächtigt: zu verbieten, dass Feldfrüchte an andere als die hiezu von der Militärverwaltung ermächtigten Personen verkauft oder von anderen als solchen Personen gekauft werden;

für den Kauf und Verkauf von Feldfrüchten sowie für jede sonstige Art des Verkehrs mit diesen Waren allgemein oder innerhalb bestimmter Kreise Bedingung vorzuschreiben.

§ 5.

Beschlagnahme und Ankauf von Feldfrüchten.

Der Militärgeneralgouverneur ist ermächtigt, allgemein oder für bestimmte Kreise zu verfügen, dass Feldfrüchte — mit Ausschluss jener Mengen, die der Produzent selbst zur Ernährung seines Hausstandes, als Saatgut für seine Liegenschaften, als Futter für sein Vieh oder zur Fortführung der eigenen landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betriebe benötigt — mit Beschlag belegt und gegen Bescheinigung dem Inhaber abgenommen werden oder von ihm an bestimmte Übernahmestellen abzuliefern sind.

Für die beschlagnahmten Feldfrüchte wird der jeweils festgesetzte Übernahmspreis, für das nach dem 1. Jänner 1917 in unausgedroschenem Zustande beschlagnahmte Getreide jedoch nur die Hälfte dieses Übernahmepreises bar ausgezahlt.

§ 6.

Übernahmepreise.

Der Militärgeneralgouverneur ist ermächtigt, die Übernahmepreise für Feldfrüchte (§ 5, Absatz 2), die Abzüge für Verunreinigungen und die Vergütung für die Verladung und den Transport zur Übernahme stelle durch Verordnung festzusetzen.

§ 7.

Sparmassnahmen.

Das Verfüttern von mahlfähigem Weizen, Roggen, Halbfrucht oder Gerste ist verboten.

Bei Herstellung von Mehl aus Weizen, Roggen, Halbfrucht oder Gerste muss das Getreide mit mindestens 80 Prozent Ausbeute vermahlen werden. Der Kreiskommandant kann diesen Mahlsatz erhöhen.

Der Militärgeneralgouverneur wird die Vorschriften über die Erzeugung von Brot und sonstigem Backwerke und über den Handel mit diesen Erzeugnissen erlassen.

§ 8.

Sicherstellung des Lebensmittelbedarfes.

Der Militärgeneralgouverneur wird zur Sicherstellung des Bedarfes an Lebensmitteln:

die Versorgung der Bevölkerung einzelner Gemeinden mit Lebensmitteln in der Weise regeln, dass deren Bezug nur durch eigens hiefür bestellte Organe (Versorgungskomitees) oder durch die Gemeindevertretung erfolgen darf;

den Mehl-, Brot-, Kartoffel-, Fett-, Zucker- und Fleischverbrauch auf eine per Person und Tag festzusetzende Verbrauchsmenge beschränken;

den Haferverbrauch zur Viehfütterung beschränken oder verbieten;

den Betrieb von Mühlen, Brauereien, Spiritusbrennereien oder sonstige Gewerbeunternehmungen, in denen landwirtschaftlichen Bodenerzeugnisse verarbeitet werden, beschränken, unter Aufsicht stellen oder schliessen.

§ 9.

Versorgung mit Eiern.

Die §§ 4, 5 und 6 finden auch auf den Verkehr mit Eiern, die Beschlagnahme, den Ankauf und die Übernahmepreise von Eiern Anwendung.

§ 10.

Strafbestimmungen.

1. Wer ein in § 1 oder auf Grund des § 4 verbotenes Geschäft abschliesst, vermittelt oder beim Abschlusse oder der Vermittlung mitwirkt,

2. wer die in § 2 oder § 3 vorgeschriebene Anzeige unterlässt oder hiebei unrichtige Angaben macht und wer dabei mitwirkt,

3. wer eine sonstige Bestimmung dieser Verordnung oder eine auf Grund derselben erlassene Vorschrift übertritt,

wird vom Kreiskommando — sofern die Handlung nicht unter eine strengere Strafbestimmung fällt — mit Geldstrafe bis zu fünftausend Kronen oder mit Arrest bis zu sechs Monaten bestraft.

Neben der Freiheitsstrafe kann Geldstrafe bis zu dreitausend Kronen verhängt werden.

§ 11.

Verbotswidrige Geschäfte.

Geschäfte, die den Bestimmungen dieser Verordnung zuwiderlaufen, sind ungültig

Gegenstände, durch deren Kauf oder Verkauf diese Verordnung oder ein auf Grund derselben erlassenes Verbot verletzt wurde, sowie der Kaufpreis hierfür unterliegen dem Verfall und werden vom Kreiskommando für Zwecke der Ernährung der Bevölkerung verwendet.

§ 12.

Rückwirkende Kraft.

Die §§ 1 und 11, Absatz 1, finden auch auf Geschäfte Anwendung, die vor Beginn der Wirksamkeit dieser Verordnung abgeschlossen wurden.

Was auf Grund dieser Geschäfte geleistet wurde, ist auf Verlangen zurückzustellen. Wenn hiedurch die wirtschaftliche Existenz des Produzenten oder seiner Familie beeinträchtigt wird, kann das Kreiskommando Erleichterungen für die Zurückstellung festsetzen.

§ 13.

Verlautbarung.

Unbeschadet der verbindenden Kundmachung der Verordnungen, Anordnungen und Verfügungen des Militärgeneralgouverneurs (§ 4 der Verordnung des Armeeoberkommandanten vom 25. August 1915, Nr. 34 V. Bl.)

werden die auf Grund dieser Verordnung erlassenen Vorschriften in den Amtsblättern jener Kreise, in denen sie in Kraft treten, ferner durch Einschaltung in Tagesblätter, durch öffentlichen Anschlag und sonst in ortsüblicher Weise zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

§ 14.

Aufhebung älterer Vorschriften, Wirksamkeitsbeginn.

Die Verordnungen des Armeeoberkommandanten vom 27. Juni 1915, Nr. 20 V. Bl., und vom 26. Juli 1915, Nr. 27 V. Bl. sind aufgehoben.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Kundmachung in Kraft.

Erzherzog Friedrich, FM., m. p.

56.

Anwendung der russischen Stempelgesetze.

Es wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, dass die Bestimmungen des russischen Stempelgesetzes vom Jahre 1900 samt Nachträgen von den Jahren 1906, 1908 und 1909 auch weiterhin zur Anwendung gelangen.

Sämtliche Eingaben der Parteien, welche an die Behörden [Eingebracht werden, müssen daher laut obigen Vorschriften gestempelt werden.

Falls gemäss diesen Vorschriften die Antwort, welche die Partei von der Behörde zu erhalten hat, auch der Stempelgebühr unterliegt, muss dem Schreiben ein entsprechendes Stempelzeichen beigegeben werden.

Falls die Stempelgebühr mittels Stempelzeichen aus dem Grunde nicht entrichtet werden könnte, weil die nötigen Stempelzeichen nicht vorhanden sind, ist die Stempelgebühr bei der Kassa des k. u. k. Kreiskommandos bar zu bezahlen.

Der Verschleiss der Stempelmarken wurde bereits bei der Kassa des k. u. k. Kreiskommandos eröffnet, in nächster Zeit werden mit dem Verschleisse derselben die Tabakverläge in Tomaszów, Komarów und Łaszczów betraut werden. Im Bedarfsfalle wird der Stempelverschleiss auch in anderen Ortschaften des Kreises errichtet werden.

Einem jeden Verschleisser wird eine Provision in der Höhe von 3% des Wertes der Stempelwertzeichen zugestanden werden.

A) Stempeltarif:

Post.	Der festen Stempelgebühr in der Höhe von	UNTERLIEGEN
I.	1 Rb. 25 Kop. d. i. 2 K 50 h von jedem Bogen	<p>1) Gesuche, Eingaben, Beschwerden, Aufklärungen etz, samt Beilagen in Angelegenheiten:</p> <p>a) um Verleihung des Adelstandes, der Ehren-, Personal und Erbbürgerschaft sowie des Kaufmannstandes oder um Anerkennung dieser Rechte;</p> <p>b) um Aufnahme in die Körperschaft der beeideten Advokaten sowie Ausfolgung der Berechtigung zur Führung der fremden Gerichtsangelegenheiten;</p> <p>c) um Errichtung von Genossenschaften auf Anteile, um Abänderung deren Statuten sowie um Verlängerung der Fristen zur Einzahlung von Bareinlagen auf das Betriebskapital solcher Genossenschaften und in Sachen der ausländ. Unternehmungen um Bewilligung zur Aufnahme des Betriebes im Kaiserreiche;</p> <p>d) um Bewilligung zur Gründung von Fabriken und Anlagen, um Abänderung der Einrichtungen derselben oder Auswechslung der Maschinen und Apparate gegen neue,</p> <p>2) Bescheide, Kundmachungen, Zeugnisse, Beweise, etz., welche den Interessenten seitens staatlicher, landwirtschaftlicher, städtischer und Standes-Behörden in Beantwortung auf ihre Gesuche, Eingaben, Beschwerden in den sub Post I. 1) erwähnten Angelegenheiten ausgefolgt werden, sowie die Kopien der erlassenen Beschlüsse und Bescheide über solche Gesuche und Beschwerden;</p> <p>3) Zeugnisse, auf Grund welcher der Betrieb von Gewerben und Handelsgeschäften aller Art bewilligt werden;</p> <p>4) Die auf Wunsch der Parteien ausgestellten gerichtsarztlichen und polizeiärztlichen Akte über den sanitären Zustand der Fabriken sowie der Handels- und Gewerbeanstalten.</p>
II.	75 Kop. d. i. 1 K 50 h von jedem Bogen	<p>1) Die bei den staatlichen administrativen Behörden und Beamten von Privatpersonen und Institutionen in ihren Privatangelegenheiten, überreichten Gesuche, Erklärungen, Beschwerden, Antworten, Repliken, Dupliken samt Beilagen mit Ausnahme der sub Post I. 1) erwähnten Gesuche und Beschwerden.</p> <p>2) Die seitens der Behörde an Parteien ausgefolgten Kopien der Urteile und Erkenntnisse, Kopien aus allen Kanzleipapieren, amtliche Auskünfte aus Akten, verschiedene Zeugnisse und Bestätigungen z. B. Akten, welche den Zivilstand und die Identität der Person betreffen, Zeugnisse über Eigentumsverhältnisse und den Stand eines Vermögens, Zeugnisse über Benützungsrechte an einem Vermögen, Zollzeugnisse und Urkunden.</p> <p>3) Sämtliche (mit Ausnahme der sub Post I. 2) bezeichneten) Bestätigungen und Zeugnisse, welche vom landwirtschaftlichen, städtischen und ständischen Institutionen, Privatpersonen zum Zwecke der Vorlage derselben an staatliche Behörden ausgefolgt werden.</p> <p>4) Den Privatpersonen und Institutionen auszufolgende gerichtsarztliche und polizeiärztliche Akten (mit Ausnahme der im Art. 23. Abs. 13. und Art. 76. Abs. 6. bezeichneten).</p>
III.	75 Kop. d. i. 1 K 50 h von jedem Stück.	<p>1) Die von Behörden an die Parteien in Beantwortung auf ihre Gesuche auszufolgenden Verständigungen (mit Ausnahme der sub Post I. 2. erwähnten).</p>

Post.	Der festen Stempelgebühr in der Höhe von	UNTERLIEGEN
VI.	15 Kop. d. i. 30 Heller von jedem Bogen.	<p>1) Die über Ersuchen der Parteien von Behörden auszufolgenden Empfangsbestätigungen der übernommenen Gesuche, Gelder, Urkunden und anderer Gegenstände.</p> <p>2) Sämtliche Zeugnisse über die Durchfuhr von Branntwein, Alkohol und Tabak sowie Frachtkosten über die Durchfuhr von Zucker.</p>

B) Stempelfrei sind:

<p>Protokolle.</p> <p>In Angelegenheiten allgemeiner Natur.</p> <p>In Angelegenheiten des öffentlichen Unterrichts.</p> <p>In Angelegenheiten welche die Landbewohner und Einrichtung ihres Daseins betreffen.</p> <p>In landwirtschaftlichen Angelegenheiten.</p> <p>In Kredit-u. Zwangsversicherungsangelegenheiten.</p> <p>In Angelegenheiten der Steuer- und Zollverwaltung.</p>	<p>1) Protokolle welche über mündlich eingebrachte Eingaben (Gesuche) abgefasst wurden, die an Vorstände während ihrer Inspizierung von Gouvernementes, Kreisen, Bezirken eingebrachten Beschwerden.</p> <p>2) Die Anzeigen über Missbräuche, welche das Interesse des Ärars oder das öffentliche Interesse berühren, Gesuche und andere Schriften sowie schriftliche Antworten, betreffend die Militärpflicht.</p> <p>3) Gesuche und andere Schriften sowie deren schriftliche Beantwortungen darauf, betreffs Frequentanten der Schulanstalten, die Verleihung der Lehrposten in Elementarschulen und Enthebungen von solchen Posten, in Angelegenheiten der Gartenbauschulen, Lehranstalten, Handwerkerlehrwerkstätten und Kursen; die von Schulanstalten ausgegebenen Quittungen und Rechnungen, Schulzeugnisse über absolvierte Lehrkurse oder über abgelegte Prüfungen, die von Schülern vorzulegenden ärztlichen Zeugnisse für Zwecke von Rechtfertigungen wegen Ausbleibens aus der Schule. Gesuche um Errichtung von technischen und gewerblichen Werkstätten und Kursen sowie überhaupt die gesamte Korrespondenz betreffend solche Anstalten.</p> <p>4) Die sub Post II. 1) erwähnten Gesuche und andere Schriften sowie die darüber ergehenden Antworten, die Schriften in Angelegenheiten der Errichtung der Dorfgemeinde, Dörfer, in Angelegenheiten der Dorfeinwohner sowie der Gemeindeverwaltung anlässlich der Durchführung dieser Angelegenheiten.</p> <p>5) Gesuch um Gründung landwirtschaftlicher Vereine, Landwirtetage und Versuchs sowie meteorologischer Anstalten und Errichtung der Niederlagen von Werkzeugen, Samen, Setzlingen und ähnlicher landwirtschaftlichen gemeinnützigen Institutionen, Jagdzeugnisse und Gesuche um Ausfolgung derselben.</p> <p>6) Korrespondenzen der Kleinkreditanstalten und die Korrespondenz mit Behörden um Erlaubnis zur Eröffnung derselben.</p> <p>7) Gesuche und andere Schriften sowie die schriftlichen Antworten wegen Rückstellung der ungebührlich durch die Staatskassen beeinnahmten Abgaben aller Art (mit Ausnahme der Beschwerden gegen die Ablehnung der Rückerstattung solcher Abgaben), in Angelegenheiten der staatlichen Wohnungsteuer sowie der Schätzung von Immobilien behufs Veranlagung der Landesabgaben (mit Ausnahme von an den Finanzminister eingebrachten Beschwerden gegen die Beschlüsse der Gubernial- und Kreisbehörden bezüglich der Wohnungssteuer oder der Gubernial- Schätzungskommissionen) und bezüglich der Steuer von Immobilien in Städten des Königreichs Polen.</p>
--	---

In Angelegenheiten der Kirchen- und Wohltätigkeitsverwaltung.	8) Alle behördlich zugelassenen philanthropischen Institutionen rücksichtlich der von denselben auszufolgenden Schriften, Urkunden, Quittungen, Rechnungen sowie die an diese Institutionen auszufolgenden Quittungen über die von denselben erhaltenen Aushilfen und Darlehen.
Ungestempelte Schriften.	<p>Gesuche und andere Schriften, welche ohne Stempel oder ungenügend gestempelt an Staatsbehörden eingereicht wurden, werden bis zur Entrichtung des Stempels der Erledigung nicht unterzogen.</p> <p>Appellationsklagen, Gesuche, Oppositionen und andere Schriften, zu deren Einbringung gesetzliche Fristen festgesetzt sind und welche garnicht oder nur teilweise gestempelt wurden, sollen trotzdem der Erledigung unterzogen und die Beibringung der entfallenden Gebühr von der Partei verfügt werden.</p>

57

Exhbt. Zl. 2776/16.

Schutz der Äcker und Waldungen.

Der Pferdemangel im Kreise hat es mit sich gebracht, dass nur ein verhältnismässig geringer Teil des fruchtbaren Ackerbodens angebaut werden konnte.

Im Verlaufe der Kriegsereignisse sind die meisten Einfriedungen der Gärten und in der Nähe der Ortschaften liegenden Felder vernichtet worden, sodass diese jetzt vollkommen offen liegen und nur dem öffentlichen Schutze anvertraut sind.

Hingegen befinden sich im Kreise grosse Hutweiden und brachliegende Felder, für welche es vom Vorteil ist, wenn sie abgeweidet werden.

Beim Kreiskommando sind in letzter Zeit einige Meldungen eingelaufen, aus denen ersichtlich ist, dass nicht nur der angebaute Privatbesitz, sondern auch die in ärarischer Bewirtschaftung stehenden Felder durch Abweiden devastiert und das zum Zwecke von belanglosen Wegabkürzungen besäte Felder überfahren werden.

Zum Schutze der kostbaren Saatbestände ordne ich an:

1. Als Weideplätze sind nur Hutweiden und brachliegende, herrenlose Felder zu gebrauchen.

2. Die Kutscher, Pferdebesitzer sind zu

belehren dass ein Abweichen vom Wege strengstens verboten ist.

3. Die zur Weide hinausgetriebenen Tiere müssen gehütet werden.

4. Aufsichtslos weidende Pferde und Vieh sind zu konfiszieren, der Besitzer zu ermitteln und darüber dem Kreiskommando Meldung zu erstatten.

5. Jede Militärperson ist nicht nur berechtigt sondern verpflichtet, jeden Feld-, Wald- oder Wiesenfrevel sofort abzustellen und den Missetäter anzuzeigen.

Obige Kundmachung ist von den Wójts und den Soltysen in vollem Umfange wiederholt zu verlautbaren und deren Befolgung von der Gemeinde streng zu überwachen.

58.

Todesurteil.

Kundmachung.

Das Gericht des k. u. k. Kreiskommandos Luck als Standgericht hat nach durchgeführter Standrechtsverhandlung mit Urteil vom 3. Mai 1916, K.-159/16 den Matwiej Staszczuk aus Lubcza wegen Verbrechens gegen die Kriegsmacht des Staates nach § 327 M. St. G., begangen durch Begünstigung der Flucht eines entwichenen russischen Kriegsgefangenen durch Gewährung von Unterkunft und Nahrung durch Verschaffung von Zivilkleidern und Abnahme seiner militärischen Bekleidung, sowie durch

Verschaffung und Einhändigung eines auf fremden Namen lautenden Passierscheines.

zum Tode durch den Strang verurteilt.

Das Todesurteil wurde am 4. Mai 1916 vollstreckt.

Mit dem gleichen Urteile wurde wegen des gleichen Verbrechens Motruna Bobrik mit schwerem und verschärftem Kerker in der Dauer von (18.) achtzehn Jahren.

Viktor Bobrik mit schwerem und verschärftem Kerker in der Dauer von (12.) zwölf Jahren bestraft.

Łuck, am 4. Mai 1916.

Der k. u. k. Kreiskommandant:

Franz Urbański m. p.
Oberst.

Nr. 27/16./3.

Kuratorbestellung.

Das Gericht des k. u. k. Kreiskommandos in Tomaszów als Kreisgericht des Bezirkes Tomaszów, Lubliner Gouvernements hat für den sich unbekannten Wohnortes aufhaltenden Peter Krawczyk gewesenen Einwohner der Stadt Tomaszów und Realitätsbesitzer in Tomaszów einen Kurator in der Person des Johann Krawczyk Realitätsbesitzer in Tomaszów ernannt.



Der k. u. k. Kreiskommandant:

Oberst B E R A N m. p.